

EU-NACHRICHTEN

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Vertretung in Deutschland



Redaktionsschluss: **Nr. 36**
13.10.2005

EU reagiert auf Flüchtlingsdrama

Zäune sind keine Lösung

Das Flüchtlingsdrama in Ceuta und Mellila bewegt die EU. Der Rat der Innen- und Justizminister und das Europäische Parlament befassten sich am Mittwoch mit den Vorgängen und Konsequenzen für die EU-Einwanderungs- und Asylpolitik. Die EU-Kommission nahm am 12. Oktober die neue Afrikastrategie an, mit dem Ziel, zügige und effiziente Hilfe für eine nachhaltige Entwicklung zu bieten.

Das Flüchtlingsdrama an den spanischen Exklaven in Nordafrika ist nur Vorbote einer massiven Fluchtbewegung aus der Subsahara-Region. Zäune allein sind keine Antwort und ohnehin keine Lösung. Im Rahmen der Afrikastrategie unterstrich der EU-Kommissar für Entwicklung und humanitäre Hilfe, Louis Michel, die Bedeutung eines umfassenden Konzeptes. Kernpunkte sollen Hilfen zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele und die verantwortungsvolle Staatsführung sein.

EU-Kommissar für Justiz, Freiheit und Sicherheit, Franco Frattini, unterstützt die Idee einer baldigen internationalen EU-Afrika-Konferenz zu Migrationsfragen. Auch der Bau von Aufnahmелagern und Hilfe bei der Ausbildung der marrokanischen Grenzpolizei sind im Gespräch.

Humanitäre Hilfe und Menschenrechte

Amnesty International kritisierte Spanien scharf, da es in der vergangenen Woche 73 Menschen nach Marokko zurückgeschickt hatte, ohne zuvor ihre Schutzgesuche zu überprüfen - eine Missachtung der Genfer Flüchtlingskonvention. Frattini forderte mit Blick auf das Aussetzen von Flüchtlingen unter unmenschlichen Bedingungen durch marokkanische Einheiten, den Schutz der individuellen Rechte auch der illegalen Einwanderer zu respektieren. EU-Kommissar Ján Figel kündigte vor dem Europaparlament an, noch in diesem Jahr werde ein Aktionsplan zum Management der Migrationsströme vorgeschlagen.

- http://www.europarl.eu.int/news/expert/default_de.htm
- http://europa.eu.int/comm/development/index_en.htm

19. Oktober - Tag der offenen Tür im Europäischen Haus, Unter den Linden 78 (nahe Brandenburger Tor) in Berlin (s. Seite 12)

INHALT

Kurz berichtet

Informelles EU-Gipfeltreffen am 27.10.	2
Importverbot für türkisches Geflügel	2
Humanitäre Hilfe für Katastrophenopfer	2
T-Bone Steak wird wieder zugelassen	2
EU-weiter Notruf soll verbessert werden	2
Strengere Anforderungen an Waschmittel	2
<i>Bertelsmann Transformations Index 2006:</i>	
Gutes Regieren ist gefragt	3
Ausschreibungen	3
<i>Europäische Bewegung fordert:</i>	
Ein Europaminister	4
<i>Europäischer Filmpreis 2005:</i>	
Hübchen vs. Bloom	4
2008 - Jahr des interkulturellen Dialogs	4

Thema der Woche

<i>Industriepolitische Strategie:</i>	
Den Wandel gestalten	5
<i>EU-Chemikalienverordnung:</i>	
REACH auf dem Weg	6

Hintergrund

<i>Olli Rehn in der Türkei:</i> Reformen fortsetzen	7
<i>Schub für Beziehungen:</i> Handel erblüht	7
<i>Demokratie, Dialog, Debatte:</i> Der "Plan D"	8
<i>Interview mit Daniel Höltgen, EASA:</i>	
EU Kompetenz tut not	9
<i>Neuveröffentlichungen:</i> EU Bücherherbst	10
<i>Europe Direct (III):</i> Grenzen verbinden	11

Terminvorschau	12
---------------------------------	----

**Informelles EU-Gipfeltreffen am 27.10.****Finanzrahmen ausgeklammert**

Am 27. Oktober treffen sich die europäischen Staats- und Regierungschefs informell, um über das europäische Sozialmodell, Europas Platz in der Welt und die Sicherheit seiner Bürger zu debattieren. Die Finanzielle Vorausschau 2007-2013 sowie der EU-Verfassungsvertrag werden nach dem Willen des britischen Vorsitzes vom wohl kürzesten Gipfeltreffen der EU-Geschichte ausgeklammert. Den traditionellen Europäischen Rat im Herbst hatte die britische Ratspräsidentschaft abgesagt.

- <http://www.eu2005.gov.uk>

Importverbot für türkisches Geflügel**Kampf gegen die Vogelgrippe**

Im Kampf gegen die Vogelgrippe hat die EU die Einfuhr von lebenden Vögeln und unbehandelten Federn aus der Türkei verboten. Damit erweitert die EU-Kommission das bereits bestehende Embargo für Geflügel und Geflügelprodukte aus der Türkei. Die EU-Mitgliedstaaten wurden angewiesen, das Importverbot sofort umzusetzen. Bundesminister Jürgen Trittin hat bereits einen Krisenstab gebildet. Ob es sich in der Türkei um den für den Menschen gefährlichen Virusstamm H5N1 handelt, ist noch unklar. Auch in Rumänien wurden erste Verdachtsmomente inzwischen bestätigt.

- http://europa.eu.int/comm/food/animal/diseases/controlmeasures/avian/index_en.htm

Humanitäre Hilfe für Katastrophenopfer**Schnelle Hilfe aus Europa**

Um die Not der Erdbebenopfer in Pakistan und seinen Nachbarländern zu lindern, stellt die EU-Kommission 3,6 Mio. € Soforthilfe zur Verfügung. ECHO, das Amt für humanitäre Hilfe, koordiniert die Verteilung von Nahrungsmitteln, Medikamenten, Zelten und Trinkwasser. Auch für die Opfer des Tropensturms "Stan" in Guatemala und El Salvador stellt die EU-Kommission Gelder bereit: 1,7 Mio € sollen die Grundversorgung der besonders betroffenen Gemeinden gewährleisten. Weitere technische und finanzielle Hilfen sollen folgen.

- http://europa.eu.int/comm/echo/index_en.htm

T-Bone Steak wird wieder zugelassen**Fortschritte im Kampf gegen BSE**

In der EU soll wieder Rindfleisch am Knochen, wie das T-Bone Steak oder die italienische Bistecca fiorentina, angeboten werden. Die EU-Kommission schlägt vor, das Alter, ab dem bei Schlachttieren die Wirbelsäule zu entfernen ist, von 12 auf 24 Monate anzuheben. Damit reagiert sie auf die Erfolge im Kampf gegen BSE. So ist nicht nur die Anzahl der BSE-Fälle in der EU deutlich zurückgegangen, vor allem sind kaum noch Jungtiere betroffen. Die EU-Mitgliedstaaten unterstützen den Vorschlag. Nun entscheidet das Europäische Parlament.

- http://europa.eu.int/comm/food/food/biosafety/bse/index_en.htm

EU-weiter Notruf soll verbessert werden**Leben retten mit der 112**

Leistungen und Bekanntheit der EU-weiten Notrufnummer 112 sind verbesserungswürdig. Die EU-Kommission forderte die Mitgliedstaaten auf, die Fremdsprachenkenntnisse der Mitarbeiter von Notrufzentralen zu fördern und die Technologien für die geografische Ortung von Mobilfunkanrufern und automatischer Notrufe ("e-calls") auszubauen. Zudem plant die EU-Kommission eine Kampagne, um die breite Öffentlichkeit für die Vorteile des Notrufs 112 zu sensibilisieren: Eine kürzere Reaktionszeit in Notfällen rettet Menschenleben.

- http://europa.eu.int/information_society/newsroom/cf/itemlongdetail.cfm?item_id=2218

Strengere Anforderungen an Waschmittel**Biologisch abbaubar**

Seit dem 8. Oktober gelten strengere Regeln für Wasch- und Reinigungsmittel. Mit einer neuen Verordnung erweitert die EU-Kommission den Geltungsbereich der "Detergenzien"-Richtlinien in Bezug auf die biologische Abbaubarkeit von Tensiden: Die Prüfanforderungen erfassen nun alle Waschmitteltenside. Zudem ist die Kennzeichnung der Inhaltsstoffe Pflicht. Die Verordnung ersetzt fünf Richtlinien und gilt unmittelbar.

- http://europa.eu.int/comm/enterprise/chemicals/legislation/detergents/index_en.htm



Bertelsmann Transformations Index 2006

Gutes Regieren ist gefragt

Die neuen EU-Mitgliedstaaten belegen im weltweiten Vergleich beim Übergang zur marktwirtschaftlichen Demokratie erneut die vorderen Plätze. Der Bertelsmann Transformations Index (BTI) 2006 weist Estland, Slowenien und Tschechien die ersten Plätze beim politischen und marktwirtschaftlichen Wandel (Status-Index) zu. Beim Vergleich der politischen Gestaltungsleistung auf dem Weg zur Demokratie (Management-Index) sind Slowenien, Slowakei, Estland, Litauen und Tschechien unter den Top 10 (siehe EU-Nachrichten 18/2004).

Der BTI vergleicht politische und ökonomische Reformprozesse in 119 Entwicklungs- und Transformationsländern. Er gibt Aufschluss über die Fähigkeit staatlicher Akteure, den demokratischen Prozess durch "Gutes Regieren" zu gestalten. Die globale Analyse zeigt, dass Demokratie und Marktwirtschaft in den vergangenen Jahren weiter auf dem Vormarsch sind.

Um Frieden und Gerechtigkeit zu fördern, sollte sich die internationale Entwicklungszusammenarbeit jedoch stärker als bisher an den Maßstäben guten Regierungshandelns orientieren, empfehlen die Experten. Deutliche Verbesserungen des Demokratieniveaus zeigen sich etwa in Kroatien, der Slowakei und der Türkei. Hier haben sich laut BTI-Trendindikator der Zustand der politischen und bürgerlichen Freiheitsrechte sowie die Stabilität der Demokratie spürbar verbessert.

■ <http://www.bertelsmann-transformation-index.de>

Internationale Konferenzen

16.-18.11. Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS) in Tunis, Veranstalter: UNO, Internationale Telekommunikationsunion

■ <http://www.itu.int/wsis/index.html>

23./24.11. Ethical Sourcing - A Contribution to "Corporate Social Responsibility" in Brüssel, Veranstalter: Foreign Trade Association

■ <http://www.bsai-eu.org/content/ethicalsourcing/index.html>

Bertelsmann Transformation Index 2006

Top 10 des Status-Index
(Stand der Transformation zur marktwirtschaftlichen Demokratie)

1. Slowenien	9,45
2. Estland	9,29
3. Tschechien	9,23
4. Taiwan	9,18
5. Ungarn	9,16
6. Slowakei	9,06
7. Litauen	9,02
8. Südkorea	8,99
9. Polen	8,90
10. Chile	8,85

Top 10 des Management-Index
(Politische Gestaltungsleistung auf dem Weg zur marktwirtschaftlichen Demokratie)

1. Mauritius	7,57
2. Chile	7,51
3. Botswana	7,44
4. Slowenien	7,41
5. Taiwan	7,37
6. Slowakei	7,32
7. Estland	7,29
8. Südkorea	7,25
9. Litauen	7,00
10. Tschechien	6,95

EU-Nachrichten Grafik

Quelle: Bertelsmann



Ausschreibungen

Intelligente Energie Europa

Aufgaben: Förderung der Marktverbreitung von erneuerbaren Energien, der Energieeffizienz sowie der internationalen Kooperation

Finanzrahmen: Insgesamt 50 Mio. €

Abgabedatum: 31. Januar - 28. April 2006

Quelle: Amtsblatt 2005/C 248/07

Sonstiges: Am 26. Oktober findet ein Informationstag der Nationalen Kontaktstelle Energie im Technologiezentrum Jülich statt

■ http://europa.eu.int/comm/energy/intelligent/index_en.html

Demokratiekampagne

Aufgaben: Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft

Finanzrahmen: Insgesamt 2,5 Mio. €

Abgabedatum: 15. November 2005

Quelle: Amtsblatt 2005/C 245/07

■ http://europa.eu.int/comm/dgs/education_culture/activecitizenship/index_de.htm

Kurz berichtet

*Europäische Bewegung fordert:*

Ein Europaminister

Deutschland hat gewählt und die Kanzlerfrage ist geklärt. Doch wie wird die zukünftige Europapolitik aussehen? Werden sich die Zuständigkeiten bei der Koordinierung mit der EU ändern? Monika Wulf-Mathies, Präsidentin des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland (EBD) und ehemalige EU-Kommissarin fordert "eine klare Kompetenzstruktur mit einem Europa-Minister, der Sitz und Stimme im Bundeskabinett und das Vertrauen der Bundeskanzlerin hat."

Im aktuellen Online-Dienst "EU-in-Brief" stellen Wulf-Mathies und Bernd Hüttemann, Generalsekretär der EBD ihre Vorstellungen einer besseren Europa-Koordination und -kommunikation in Deutschland vor. Die derzeitige Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen Bundeskanzleramt, Auswärtigem Amt und Bundesfinanzministerium ist mitverantwortlich für die fehlende Rückkopplung mit den Bürgern, so die Autoren. Als Therapie für den "Patient Deutschland" schlagen sie eine Reform der EU-Koordinierung sowie die Entwicklung eines "kohärenten Kommunikationsplans" unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft vor.

Studie zum Wert der EU für Deutschland

Die Kosten-Nutzen-Frage der EU-Mitgliedschaft Deutschlands wird oft auf die "Nettozahlerdiskussion" reduziert. Eine Studie der EBD widmet sich dem Wert der EU für Deutschland. Die Ergebnisse der Untersuchung, von Prof. Dr. Wolfgang Wessels am Jean-Monnet-Lehrstuhl der Universität Köln durchgeführt, werden Ende November 2005 veröffentlicht. Mehr im aktuellen EBD-Newsletter, unter:

- <http://www.europaeische-bewegung.de>

EU-Newsletter Nr. 66 erschienen

Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, Bürokratieabbau, die Unterstützung der Palästinenser sowie das Gipfeltreffen mit Russland sind Themen des aktuellen Newsletters der EU-Kommission. Beim "Anliegen der Bürger" geht es um die EU-Friedenssicherung. Der Europa-Newsletter erscheint alle zwei Wochen und kann kostenlos abonniert werden.

- http://www.europa.eu.int/newsletter/index_de.htm

*Europäischer Filmpreis 2005*

Hübchen vs. Bloom

Am 3. Dezember verleiht die European Film Academy (EFA) mit Unterstützung des MEDIA Plus Programms der EU den Europäischen Filmpreis. Für die insgesamt 19 Kategorien wurden 46 Filme ausgewählt; die Nominierungen folgen im November.

Neben Wim Wenders "Don't come knocking" und Volker Schlöndorffs "Der neunte Tag" haben es auch "Alles auf Zucker!" von Dani Levy und "Sophie Scholl - Die letzten Tage" von Marc Rothemund auf die Auswahlliste für den Filmpreis geschafft. Die 1.600 Mitglieder der European Film Academy entscheiden über die Nominierungen und schließlich die Sieger. Bereits bekannt ist die Kandidatenauswahl für den Zuschauerpreis: In der Preiskategorie "Europäischer Schauspieler" trifft Henry Hübchen unter anderem auf Orlando Bloom. Weitere Höhepunkte im Rahmen der Preisverleihung sind die Ehrungen des Filmkomponisten Maurice Jarre und des Schauspielers Sir Sean Connery, der den European Film Academy Preis für sein Lebenswerk erhält.

- <http://www.europeanfilmacademy.org/index.htm>

2008 - Jahr des interkulturellen Dialogs

2008 soll das Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs werden. Dies hat die EU-Kommission vorgeschlagen. Mit den für das Europäische Jahr zur Verfügung stehenden zehn Mio. € sollen Programme und Projekte finanziert werden, um eine aktive und weltoffene Unionsbürgerschaft zu entwickeln. Vorgesehen sind Informations- und Werbekampagnen sowie die Förderung von Aktionen auf nationaler und Gemeinschaftsebene. Priorität sollen die Bereiche Kultur, Bildung, Jugend und Sport haben. Der Vorschlag muss jetzt von Europaparlament und Rat geprüft werden; eine Entscheidung ist für Ende 2006 vorgesehen.

- http://europa.eu.int/comm/culture/portal/index_de.htm



Den Wandel gestalten

Ob Textil, Stahl oder Automobil - viele Industriezweige Europas durchlaufen einen tief greifenden Wandel und stehen vor großen Herausforderungen. "Wir wollen, dass sich die europäische Industrie dem Wettbewerb stellt und ihr helfen, wettbewerbsfähig zu sein", betonte Vizepräsident Günter Verheugen bei der Vorstellung der neuen industriepolitischen Strategie. Ziel ist es, ein günstiges wirtschaftliches Umfeld in Europa zu schaffen, damit sich die verarbeitende Industrie in Europa weiterentwickeln und florieren kann.

Die verarbeitende Industrie ist Arbeitgeber von 34 Mio. Menschen und erwirtschaftet 20 Prozent des gesamten Bruttosozialprodukts in der EU. Drei Viertel aller EU-Ausfuhrsgüter werden von ihr produziert, und sie tätigt mehr als 80 Prozent der privaten Forschungsausgaben. "Europa hat eine starke industrielle Basis und muss sie behalten", betont Verheugen.

Die EU-Kommission hat die Wettbewerbssituation aller Industriesektoren in Europa analysiert. Das Ergebnis: In weiten Bereichen ist das verarbeitende Gewerbe Europas dem globalen Wettbewerb durchaus gewachsen und innovativ. Allerdings ist dies kein Ruhepolster. Dies zeigen die Wachstumsraten, die Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen und besonders die Infrastrukturinvestitionen in anderen Teilen der Welt. Diese Indikatoren sind für Europa durchaus bedrohlich.

Koordinierter Ansatz

Hier setzt die industriepolitische Strategie der EU-Kommission an. "Die politische Bedeutung unserer Initiative liegt darin, dass sie einen Versuch darstellt, den unvermeidlichen Strukturwandel in Europa zu gestalten. Es geht nicht darum, ihn zu vermeiden oder aufzuhalten", so Verheugen. Die EU-Kommission verfolgt dabei einen koordinierten Ansatz. Im Zentrum stehen Energie und Umwelt, weil sie für die Wettbewerbsfähigkeit ein immer wichtigerer Faktor sind. Im Einzelnen schlägt die EU-Kommission sieben sektorübergreifende politische Initiativen vor (s. Kasten).

Sieben horizontale Maßnahmen

- 1. Initiative für Rechte an geistigem Eigentum und gegen Nachahmungen:** Schaffung eines soliden rechtlichen Rahmens zum Schutz geistigen Eigentums im Dialog mit der Industrie, Bekämpfung von Fälschung und Produktpiraterie, auch in den Bereichen Strafverfolgung und Zoll
 - 2. Hochrangige Gruppe für Wettbewerbsfähigkeit, Energie und Umwelt:** Koordinierung und Kohärenz gesetzgeberischer Initiativen in den Bereichen Wettbewerbs-, Energie- und Umweltpolitik
 - 3. Externe Aspekte der Wettbewerbsfähigkeit und des Marktzugangs:** Ausrichtung auf die Sektoren und Märkte mit dem größten Potenzial für die Wettbewerbsfähigkeit. Mit den Betroffenen soll eine Strategie entwickelt und umgesetzt werden, um Hemmnisse in ausgewählten Sektoren und Ländern zu überwinden
 - 4. Neues Programm zur Vereinfachung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften:** Ermittlung des Bedarfs für bessere Rechts- und Verwaltungsvorschriften in Sektoren wie Bau, Automobil, IKT, Lebensmittel- und Biowissenschaften
 - 5. Verbesserung sektorbezogener Qualifikationen:** Ermittlung der Qualifikationsdefizite in verschiedenen Industriezweigen, darunter IKT, Maschinenbau, Textil- und Lederindustrie sowie bei Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien. Hier geht die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Drittländer mit auf Ausbildungsmängel zurück
 - 6. Management des Strukturwandels in der verarbeitenden Industrie:** Bessere Antizipation der wirtschaftlichen Umstrukturierung soll in die neuen Strukturfondsprogramme aufgenommen werden. Besonders betroffen sind die Bereiche Textil, Leder, Möbel, Schuhe und Keramik, Druck, Automobil, Schiffbau, Stahl und Teile der Lebensmittelindustrie
 - 7. Integriertes Konzept für industrielle Forschung und Innovation:** Einrichtung eines EU-Überwachungssystems 2006, um die industrielle Forschung und Innovation relevanten Einwicklungen einzuschätzen
- http://europa.eu.int/comm/enterprise/enterprise_policy/industry/index_de.htm



EU-Chemikalienverordnung

REACH auf dem Weg

Noch im November will die EU mit der Chemikalienverordnung REACH eines ihrer ehrgeizigsten umwelt- und industriepolitischen Vorhaben auf den Weg bringen. REACH steht für Registrierung, Bewertung und Zulassung chemischer Stoffe.

REACH verpflichtet die Hersteller von Chemikalien, einen Nachweis zur Ungefährlichkeit der Stoffe zu erbringen. Diese Informationen sollen entlang der Produktionskette weitergeleitet werden. Sie fehlen bislang für 100.000

Brief von vier Umweltverbänden an EU-Industriekommissar Verheugen (Auszüge)

Die Chemikalienverordnung REACH soll Verbraucher und Umwelt besser vor Chemikalien schützen. Sie wissen, dass für fast alle der über 100.000 Chemikalien am Markt ausreichende Sicherheitsdaten fehlen. Im Blut eines EU-Bürgers befindet sich ein Cocktail aus mehr als 70 verschiedenen Chemikalien von Flammenschutzmitteln bis zu Weichmachern.

REACH ist bereits ein Kompromiss: Er gilt nur für 30.000 der über 100.000 Chemikalien. Für zwei Drittel dieser Stoffe, von denen zwischen einer und zehn Tonnen pro Jahr produziert werden, verlangt REACH mittlerweile nur noch wenige Gutachten - die aber genügen nicht, um das Risiko durch diese Stoffe ausreichend zu bewerten. Die Hersteller wollen nach wie vor selbst bestimmen, welche Daten sie veröffentlichen und welche nicht. Dann läge die Beweislast nicht bei den Herstellern, sondern bei den Behörden, die belegen müssten, dass die Stoffe doch gefährlicher sind als behauptet. Das kostet Geld, verursacht Bürokratie und wäre das Gegenteil davon, was REACH erreichen wollte. Setzen Sie sich dafür ein, dass eines der Kernziele von REACH nicht ausgehebelt wird: Nicht die Behörden, sondern die Hersteller müssen die Ungefährlichkeit ihrer Stoffe beweisen und dafür die notwendigen Daten liefern.

Die wirtschaftlichen Vorteile von REACH überwiegen bei weitem die Nachteile. Der Versuch, gefährliche Stoffe allmählich vom Markt zu nehmen, schafft Innovationsanreize für die Herstellung neuer, ungefährlicher Chemikalien.

■ http://europa.eu.int/comm/enterprise/reach/docs/reach/gv_letter_de.pdf

vor 1981 auf den Markt gebrachte Chemikalien. Die EU-Kommission schätzt, dass ein Prozent aller Krankheiten durch gefährliche Chemikalien verursacht werden.

Die Einführung von REACH verursacht Kosten bis zu 5,2 Mrd. € auf elf Jahre verteilt und soll die Weichen für gesundheits- und umweltverträgliche Innovationen stellen. In einem rekordverdächtigen Konsultationsprozess haben sich 6.000 Akteure zum REACH-Vorschlag der EU-Kommission aus dem Jahr 2003 geäußert. Derzeit berät das Europäische Parlament in erster Lesung und hat 1.500 Änderungsvorschläge eingebracht.

■ <http://europa.eu.int/comm/enterprise/reach>

Antwort Günter Verheugens (Auszüge)

Vielen Dank für Ihr Schreiben. Ich habe die von Ihnen angesprochenen Punkte aufmerksam zur Kenntnis genommen. Wie die EU-Kommission anlässlich des Frühjahrsgipfels des Europäischen Rates 2005 deutlich gemacht hat, ist es von außerordentlicher Wichtigkeit, dass die endgültige Fassung von REACH folgende Bedingungen erfüllt: REACH muss im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrien mit den Lissabon-Zielen vereinbar sein und zur Innovation ermutigen; im Hinblick auf Umwelt und Gesundheit muss es deutliche Verbesserungen zum Wohle der europäischen Bürgerinnen und Bürger mit sich bringen.

Was die Befürchtungen betrifft, die Sie in Ihrem Brief zum Ausdruck bringen, so kann ich Ihnen versichern, dass ich zum Konzept von REACH stehe. Dazu zählt, dass die notwendigen Informationen zum Gefahrenpotenzial und den Risiken eines Stoffes verfügbar gemacht werden. Diese Informationen werden es wiederum allen Akteuren in der Lieferkette ermöglichen, Maßnahmen zum verbesserten Schutz von Arbeitnehmern, Verbrauchern und der Umwelt zu ergreifen. Ich bin überzeugt, dass wir diese Ziele im Einklang mit dem Lissabon-Programm erreichen können. Auch werden wir die Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen in einem Maße anregen, das es ihnen erlaubt, voll und ganz zu den wesentlichen Umwelt- und Gesundheitszielen von REACH beizutragen. Zugleich werden wir die Zahl der Tierversuche auf geringst möglichem Niveau halten.

■ http://europa.eu.int/comm/enterprise/reach/docs/reach/gv_answer_de.pdf



Olli Rehn besucht Türkei

Reformen fortsetzen

Am 3. Oktober haben die Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei begonnen. Das "Screening" wird am 20. Oktober eröffnet. EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn ermutigte seine Gastgeber auf einer Rundreise durch die Türkei in der vergangenen Woche, den eingeschlagenen Weg der Reformen konsequent und beschleunigt fortzuführen.

"Für die Türkei bedeutet die Annahme des EU-Regelwerks eine große Anstrengung und viele Veränderungen", erklärte Rehn in seiner Rede an der Erciyes Universität in Kayseri. Neben Gesprächen mit türkischen Politikern traf Rehn im Beisein von Außenminister Abdullah Gül auch mit Vertretern von über 50 Nichtregierungsorganisationen zusammen. Er mahnte wiederholt die Einhaltung der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit an: "Eine Verurteilung des bekannten Autors Orhan Pamuk wäre hier ein sehr schlechtes Signal", so Rehn. Auch ein Besuch Pamuks stand auf dem Programm.

- http://europa.eu.int/comm/enlargement/docs/newsletter/latest_weekly.htm#a2

Türkei für Unternehmer

Eine Podiumsdiskussion "Türkei nun doch dabei?" findet im Rahmen des 17. IHK-Außenwirtschaftsforums am 3.11. in Bielefeld statt. Themen sind u.a. Änderungen der Rahmenbedingungen, Praxisberichte und Unternehmer im Gespräch.

- <http://www.bielefeld.ihk.de/produkte/produkte.htm>

"Türkische und deutsche Unternehmen in Deutschland und in der Türkei", so der Titel eines Unternehmer-Treffens am 9.11. in Köln. Organisiert wird es von der Allianz und der Türkisch-Deutschen Industrie- und Handelskammer, um über türkische Unternehmen in Deutschland und deutsch-türkische Unternehmen in der Türkei zu informieren.

- <http://www.td-ihk.de>

In einem Seminar am 24.11.2005 stellt die IHK Berlin die aktuelle wirtschaftliche und rechtliche Situation in der Türkei sowie die Unterstützungsprogramme der EU vor.

Weitere Informationen: Tel. 030/39980243

- <http://www.wfbi.de/online/de/U/iii/seite0.jsp?nav1=open>

Schub für Handelsbeziehungen

Handel erblüht

Die türkisch-deutschen und türkisch-europäischen Wirtschaftsbeziehungen stehen nach Aufnahme der Beitrittsverhandlungen vor einem weiteren Aufschwung.

Deutschland konnte bereits 2004 seine Exporte in die Türkei um 34 Prozent auf 20 Mrd. € erhöhen. Insgesamt legte der türkische Außenhandel mit der EU um 33 Prozent zu, die Importe stiegen um 40 Prozent.

Die türkische Wirtschaft steigerte im vergangenen Jahr das Bruttosozialprodukt um 9,9 Prozent. Mit prognostizierten Wachstumsraten von jährlich mindestens 5 Prozent bis 2015, sinkender Staatsverschuldung und Inflation sowie einer offensiven Außenwirtschaftspolitik bleibt die Türkei auch weiterhin ein außerordentlich interessanter Produktionsstandort. Dies machen auch die aktuellen Konjunkturdaten der Türkei deutlich, die Eurostat veröffentlichte.

- http://epp.eurostat.cec.eu.int/cache/ITY_OFF-PUB/KS-NP-05-031/DE/KS-NP-05-031-DE.PDF
- <http://www.td-ihk.de>

Informationsservice zur Türkei

Wer sich eingehender mit der Türkei beschäftigen will, kann auf *EuroPress*, den täglichen E-Mail-Pressedienst des langjährigen Chefredakteurs von *Hürriyet-Berlin*, Ali Yumusak, zurückgreifen.

EuroPress enthält Nachrichten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der Türkei und über Türken in Deutschland. Die aktuelle Ausgabe berichtet beispielsweise ausgewogen über mögliche Auslandsinvestitionen von Volkswagen in der Türkei, eine optimistische Stellungnahme des Direktors der Weltbank, Andrew Vorkink, zum Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen und die Verurteilung des Chefredakteurs der armenischen Zeitung "Agos" zu 6 Monaten Haft wegen "Beleidigung des Türkentums". Ausgewertet werden renommierte türkische Zeitungen zu wichtigen Ereignissen. *EuroPress* wird täglich gegen 13.00 Uhr an die Abonnenten gemailt. Die monatliche Schutzgebühr beträgt 20 €.

Kontakt: Tel. 030/8924932

- <http://www.europress.de>

Hintergrund



Der "Plan D"

In der Krise der EU steckt zugleich das Potenzial für neue Wege und einen neuen europäischen Konsens. Mit dem Vorschlag zum "Plan D" will die EU-Kommission bis zum Europatag am 9. Mai 2006 und darüber hinaus eine breitangelegte Diskussion über das europäische Projekt anstoßen. Dabei setzt die EU-Kommission vor allem auf die Mitarbeit der Parlamente und Institutionen der Zivilgesellschaft. Der EU-Kommission kommt eine Schlüsselrolle zu.

Die Vizepräsidentin der EU-Kommission und zuständige Kommissarin, Margot Wallström, warnte in einer Pressekonferenz am 13. Oktober davor, den "Plan D" auf einen Rettungsplan für den EU-Verfassungsvertrag zu verkürzen. Vielmehr komme es darauf an, deutlich zu machen, dass Europa Teil der Lösung und nicht des Problems sei. "Ich denke, nur eine Diskussion über den Mehrwert der europäischen Zusammenarbeit vermag Vertrauen in die von dem Verfassungsvertrag vorgeschlagenen Weg herstellen. Nur wenn wir den Bürgern zuhören, werden wir eine angemessene politische Antwort finden", so Wallström.

Die Fragen kommen von den Bürgern

Wichtige Themen werden die wirtschaftliche und soziale Entwicklung sein. Es geht insbesondere darum, wie Europa konkret zu mehr Wirtschaftswachstum und Jobs beitragen kann. Auch Fragen der Verkehrsentwicklung, der Benzinpreise und des Umweltschutzes bedrücken die Bürger. Schließlich gibt es Erwartungen an den Kampf gegen Terrorismus, zum Umgang mit Naturkatastrophen sowie der Arbeitsbekämpfung in Afrika und anderswo.

Träger und Zielgruppen der Kampagne

Den nationalen, regionalen and lokalen Parlamenten kommt bei der Organisation und Promotion der Debatten eine herausragende Rolle zu. Die EU-Kommission denkt dabei nicht an eine festes, standardisiertes Verfahren, sondern eher an die Herausbildung von Foren und Anhörungen. Hieran können die Vertretungen der EU-Kommission und Mitglieder des Europäischen Parlaments beteiligt sein. Derartige

Blogging in der EU-Kommission

Als bislang einziges Mitglied der EU-Kommission führt die Vizepräsidentin Margot Wallström seit fast einem Jahr ein im Internet veröffentlichtes Tagebuch, kurz "Blog". Zahlreiche Einträge beschäftigen sich mit Fragen der demokratischen Kultur, angereichert durch persönliche Erfahrungen, Eindrücke und Gesprächsnotizen. Auf ihren letzten Eintrag (s. "Plan D") meldeten sich über 100 Personen zu Wort mit Kommentaren, Vorschlägen, Anerkennung. Sie wird aber auch zum Teil harscher Kritik ausgesetzt - ein lebendiger Dialog mit Bürgern EU-weit.

■ <http://weblog.jrc.cec.eu.int/page/wallstrom>

Foren haben sich beispielsweise in Irland und Spanien bewährt. Ein wichtiger Part kommt der Zivilgesellschaft und den Sozialpartnern zu, deren Beteiligung sichergestellt werden soll. Ferner gilt es verstärkt junge Menschen anzusprechen. Auch Minderheiten sollten zu Wort kommen.

So will die EU-Kommission zu Beginn der Kampagne einen Austausch über besonders positive Erfahrungen in Gang setzen. Schließlich möchte sie selbst Zeichen setzen: EU-Kommissare werden sich verstärkt der Diskussion vor Ort stellen und auf Veranstaltungen auftreten. Die Idee des "Runden Tisches" könnte auch von den Europe Direct Informationsrelais mitverfolgt werden. Die EU-Kommission unterstützt den Vorschlag des Europäischen Parlaments, zur Finanzierung das "Prince-Programm" um 6 Mio € auf 15. Mio. € aufzustocken und für Events bereitzustellen.

Strukturierter Dialog 2006

Damit die Debatten nicht "verpuffen", schlägt die EU-Kommission einen "strukturierten" Dialog vor. Im April 2004 sollen die Reflexionsergebnisse zusammengefasst und am Europatag, dem 9. Mai 2006, auf einer "Konferenz über die Zukunft Europas" präsentiert werden. Der Europäische Rat im Juni unter der österreichischen Ratspräsidentschaft soll, basierend auf einem Bericht der Kommission, über notwendige Schlussfolgerungen und weitere Schritte beraten.

■ http://www.europa.eu.int/comm/commission_barroso/wallstrom/index_de.htm



Interview mit Daniel Höltgen, EASA

EU Kompetenz tut not

EU-Nachrichten: Was kann die EASA angesichts der Serie von Flugzeugunglücken in der letzten Zeit für mehr Sicherheit tun?

Daniel Höltgen: 2005 war zweifellos ein schlechtes Jahr für die Zivilluftfahrt weltweit. Man kann allerdings nicht sagen, dass die Unfälle in einem Zusammenhang stehen würden. Es handelt sich um verschiedene Ursachen in verschiedenen Regionen. Die EASA stellt eigene Nachforschungen hierzu an. Nach dem Absturz der Helios-Maschine wurden Experten der EASA nach Zypern geschickt. Insgesamt stellen wir allerdings fest, dass Deutschland und Europa zu den sichersten Regionen der Welt im Zivilluftverkehr gehören. Außereuropäisch gibt es allerdings Räume, in denen das Sicherheitsrisiko durchaus höher ist. Das gilt besonders für Afrika und einige Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Und die Statistik zeigt einen deutlichen Unterschied zwischen westlich und östlich gebauten Jets älteren Datums.

Noch im Oktober will die EU-Kommission eine Ausweitung der Kompetenzen der EASA vorschlagen. In welchen Bereichen?

Es sind drei Bereiche im Gespräch: Erstens Regeln für den Flugbetrieb in Europa zu setzen, zweitens Regeln für die Zulassung von Flugpersonal zu erlassen und drittens brauchen wir eine europäische Kompetenz für die Überwachung von Drittstaaten-Flugzeugen im Gebiet der EU. Dann wären wir auch dafür zuständig, und würden dafür sorgen, dass die Kontrolle EU-weit nach den gleichen Standards erfolgt. Einen Informationsaustausch gibt es heute schon. Was nicht gesichert ist, sind die gemeinsamen Maßnahmen.

Wo liegt das Problem?

Das zeigt sich deutlich am Beispiel Onur Air. Im Frühsommer 2005 hat dieser Anbieter von einigen Mitgliedstaaten wegen Sicherheitsmängeln keine Landeerlaubnis bekommen, von anderen aber schon. Das ist aus Sicht des Flugpassagiers völlig unbegreiflich. Es widerspricht auch dem Prinzip eines gemeinsamen Marktes und unserer Hauptaufgabenstellung,

einen gemeinsamen hohen Stand der Flugsicherheit in Europa zu garantieren. Wenn wir in diesem Bereich Zuständigkeit erhalten, sorgen wir dafür, dass auch die Maßnahmen gegen nachweislich unsichere Fluggesellschaften koordiniert werden. Deswegen sind wir bereit, die EU-Kommission in ihrem Vorhaben zu unterstützen, eine europaweite schwarze Liste zu etablieren.

Kann eine solche europäische Liste die Flugsicherheit tatsächlich erhöhen?

Das möchte ich nicht beurteilen. Es ist entscheidend, nach welchen Kriterien Fluggesellschaften in Europa die Landeerlaubnis entzogen wird. Wie die Kriterien lauten, ist bislang nicht klar. Auf jeden Fall erfüllt eine europaweite schwarze Liste aber zwei Funktionen: Zum einen werden Flugzeuge unter sicherheitstechnischen Kriterien untersucht und Fluglinien, die Auffälligkeiten zeigen, wird die Landeerlaubnis entzogen. Hier hätte die EASA eine Rolle zu spielen. Die zweite ist eindeutig bei der EU-Kommission angesiedelt und betrifft den Bereich Passagierinformation. Der Verbraucher soll wissen, wenn eine Airline bei Sicherheitsüberprüfungen auffällig geworden ist.

Ist es zutreffend, dass das Großraumflugzeug A380 Sicherheitsmängel aufweist?

Die Kritik an Airbus ist vollkommen unberechtigt. Ende vergangenen Jahres haben uns Vorwürfe eines ehemaligen Mitarbeiters einer Zulieferfirma von Airbus bezüglich des Kabinendrucksystems erreicht. Wir haben sie sehr ernst genommen und sind der Sache nachgegangen. Wir kommen zu dem Ergebnis, dass kein Sicherheitsrisiko besteht. Dies ist allerdings nur Teil einer Gesamtzulassung, die erst für die zweite Jahreshälfte 2006 geplant ist. Sie wird solange nicht erteilt, bis jede einzelne Komponente des Flugzeugs als sicher zugelassen ist. So sieht das Regelwerk der EASA etwa vor, dass Flugzeuge mit einem Gewicht von über 5.700 Kilogramm in 90 Sekunden evakuiert sein müssen. Erfüllte der A380 diese Vorgabe nicht, dann müsste Airbus entsprechende Änderungen an der Konstruktion vornehmen. Die EASA hat bei der Sicherheit immer das letzte Wort.

Daniel Höltgen ist Pressesprecher der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA) in Köln

■ <http://easa.eu.int>

Hintergrund



Neuveröffentlichungen zu Europa

EU Bücherherbst

Die EU-Krise beflügelt immer mehr Autoren und ist somit Thema auf der Frankfurter Buchmesse vom 19. bis 23. Oktober. Zwei der Neuerscheinungen befassen sich mit Europas Unternehmen und den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Jobs.

“Europas Wirtschaft wird gewinnen”...

lautet der Titel des niederländischen Unternehmers Donald Kalf. Seine Ausgangsfrage: “Was hat Europa Amerika voraus?” Angesichts der begrenzten Kapitalressourcen und Technologien müssen europäische Großunternehmen verstärkt auf die “Qualität der Mitarbeiter und ihrer Zusammenarbeit setzen”, so das Credo. Kalfs Buch ist Programm: So sind Mitarbeiter kein “Humankapital”, sie *sind* das Unternehmen. Es werden keine freien Stellen besetzt, sondern das Management “baut Teams auf”. Manager und Mitarbeiter beziehen ein Gehalt, besitzen aber keine Unternehmensanteile, um Interessenskonflikte zu vermeiden. Kurz: Kalf setzt auf den neuen europäischen Managertyp, der den Wert des Unternehmens, nicht die Optimierung finanzieller Parameter - “Shareholder Value” - im Auge hat. Der amerikanisch geprägte CEO hat abgewirtschaftet, gefragt sind Unternehmer und kollegiale Führungsstrukturen - heute bei einigen Großunternehmen Realität.

Epilog zum EU-Rahmen

“Allerdings haben privat geführte Unternehmen in Europa immense Schwierigkeiten, die neuen Rechnungslegungsstandards der EU einzuhalten”, beklagt Kalf. Auch mit dem Tempo der Marktintegration, seien es die Energie- oder Dienstleistungsmärkte, ist er nicht zufrieden - doch die Richtung stimmt. Die “Formulierung einer europäischen Weltanschauung” und die Herausbildung eines “europäischen Unternehmensmodells” werden sich gegenseitig befruchten und voranbringen.

Fazit: “Europa ist durchaus groß und stark genug, um eigene Wege zu gehen und sich zur erfolgreichsten Region der Welt zu entwickeln.”

Donald Kalf, *Europas Wirtschaft wird gewinnen*, Campus, 24,90 €

■ <http://www.campus.de/isbn/3593377802>

“Strategie Europa - Ein Zukunftsmodell für die globalisierte Welt”...

titelt Lothar Späth seine Bilanz und Strategie für das “alte Europa”, das “in der Gesamtbetrachtung auch erheblich unterschätzt wird”. Es geht um eine Vision, zugleich aber um eine möglichst präzise Vorstellung vom Weg. Während die Globalisierungsgegner über Bedrohungsszenarien nicht hinauskommen, will Späth klären, wie man angesichts dessen einen institutionellen Rahmen schaffen kann, der “den selbstgesetzten ethischen Ansprüchen genügt”.

Cluster bilden

Für Späth sind Wettbewerb um Innovationen und der Kampf um die besten Köpfe *die* Faktoren, die im Zeitalter der Globalisierung den Erfolg ausmachen. Europa holt gegenüber den USA auf, die weiteren Chancen des - historisch eingehend gewürdigten - “alten” Europas beurteilt Späth durchweg positiv. Strategisch geht es ihm um die Bildung von transnationalen Netzwerken, ganz besonders in der Forschungsgemeinde. Im Vordergrund stehen innovationsorientierte Projekte, Infrastrukturausbau und europäische Großprojekte wie *Galileo*.

Hierdurch erhofft sich der Autor auch eine “Revitalisierung Deutschlands”, thematisiert im vierten Teil. Späth: “Allerdings müssen wir Landschaften schon beackern, bevor sie blühen können. Deutschland kann sich dabei als ein guter europäischer Gärtner beweisen.”

Lothar Späth, *Strategie Europa - Ein Zukunftsmodell für die globalisierte Welt*, Rowohlt, 19,90 €

■ <http://www.rowohlt.de/buch/336570>

Verteidigungspolitik der EU

Nach einer “stürmischen” Entwicklung hat die EU-Verteidigungspolitik eine Konsolidierungsphase erreicht. Erste Erfahrungen wurden in Mazedonien und im Kongo gesammelt. Vor diesem Hintergrund bemüht sich Sebastian Graf von Kielmansegg um eine rechtlich-politische Zwischenbilanz. Fazit: Die rechtliche Verfassung der EU-Verteidigungspolitik ist funktionsfähig. Doch bleiben andere Hindernisse zu überwinden, etwa im Hinblick auf die militärischen Fähigkeiten der EU zu handeln. So fehlt die finanzielle Ausstattung weitgehend. “Skepsis scheint angebracht.”

Sebastian Graf von Kielmansegg, *Die Verteidigungspolitik der Europäischen Union*, Richard Boorberg Verlag, 52 €

■ <http://www.boorberg.de>



Europe Direct Relais (III)

Grenzen verbinden

Zahlreiche Europe Direct Informationsstellen wurden in den Grenzräumen eingerichtet, unmittelbar an den "Schlagbäumen" im Norden und Osten in Eckernförde, Kiel, Rostock, Frankfurt (O.), Görlitz, Furth und Freyung. Hier stehen den Bürgern mehr als Informationsmaterial, PCs und Experten zur Verfügung. Sie spielen auch eine aktive Rolle bei der Herstellung von Kontakten in die Grenzregionen der Nachbarstaaten.

Freyung (Dreiländereck Bayern)

Das idyllische Feyung - mit 8.000 Einwohnern eine der kleinsten Gastgemeinden für ein Europe Direct Relais - liegt im Dreiländereck Bayern, Südböhmen und Oberösterreich. "Wir wollen damit verstärkt Europa in die Grenzregion hineinbringen. Das Wirtschaftsgefälle zu Südböhmen ist besonders groß, EU-Themen wie die Erweiterung und mehr Arbeitsplätze brennen den Bürgern gerade hier besonders auf den Nägeln", erläutert der Leiter Kaspar Sammer.

Die Bürgeranlaufstelle ist untergebracht im Büro der Euregio Bayern und ergänzt deren Serviceangebot. Die Euregio arbeitet seit 13 Jahren als Netzwerk, um Grenzbarrieren abzubauen, und betreut gegenwärtig rund 150 Einzelprojekte. Zu den "absoluten Highlights", so Sammer, gehören das Dreiländer-Radwegnetz "Radeln auf dem Grünen Dach Europas" und mit 800 km eines der größten zusammenhängenden Loipenwegnetze des Kontinents.

Drei Schwerpunkte sind auszumachen: Betreuung von Schulklassenbesuchen im Relais oder Schulauftritte vor Ort; Informationsstände und Aktionen auf den zahlreichen Bürgerfesten der Region; Medien- und Informationsarbeit - so auch via Internet. "Besonders in den lokalen Zeitungen und Medien tut sich momentan sehr viel", konstatiert Sammer. Das Europe Direct-Vorzeigeprojekt ist die enge Zusammenarbeit mit den grenznahen lokalen Fernsehsendern beim Sonntagsmagazin "Perspektive Europa" - ein Programm mit sehr hohen Einschaltquoten unter tschechischer Beteiligung (zweisprachig).

Kiel und Eckernförde (Ostseeraum)

Netzwerkarbeit wird bei den Relais im Norden der Republik groß geschrieben: Mit der Europa Union Schleswig-Holstein werden alle europapolitischen Akteure des Landes, die kommunalen Dachverbände, Bildungsträger und andere erreicht. Schularbeit ist ein Schwerpunkt: Schulen fragen nach Infomaterial, Experten werden von Schulen eingeladen. "Eine Besonderheit ist allerdings die tradierte Abneigung - zumal bei den deutschen und dänischen Minderheiten - gegen alles Institutionelle. Kooperationen funktionieren, aber nur über Problemlösungen und Sachthemen, hier etwa Umweltschutz in der Flensburger Börde", erläutert der Landesvorsitzende der Europa-Union Dieter Lubeseder. Tradition wird großgeschrieben, als Mitveranstalter der 37. "Nordeuropäischen Gespräche" gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern und der dänischen Europabewegung (s. Kasten).

Typische Grenzlandprobleme spielen auf Veranstaltungen und in einer Vielzahl von E-Mail-Anfragen eine wichtige Rolle. Die Europe Direct-Stellen informieren daher über das Arbeitsleben in Nachbarregionen und helfen Pendlern beim Umgang mit den Sozial- und Steuersystemen.

■ <http://www.europa-union-sh.de>

Veranstaltungen 2005

Abschlussveranstaltung zum Adalbert-Stifter Jahr 2005, Feier zum 200. Geburtstag

23. 10. in Horni Plana, unter Beteiligung von Oberösterreich, Südböhmen und Bayern

■ <http://www.stifter2005.at/sixcms/detail.php?id=112559>

37. Nordeuropäische Gespräche "Europa - quo vadis?"

21.-23. Oktober in Stettin mit Delegationen aus dem gesamten Ostseeraum. Veranstalter: Den Danske Europabevaegelse, Europa Union Deutschland, Europäische Bewegung

■ <http://www.europa-union.de>

Nachtrag zur Veranstaltungsreihe in Bayern

Am 28.11. referiert in Erlangen Jochen Kubosch, Leiter der EU-Kommissionsvertretung in München. Veranstalter der Reihe "Neustart für Europa" sind der Bayerische Staatsminister für Europaangelegenheiten, Eberhard Sinner, und die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland (s. Seite 12).



19.10. Berlin **Tag der offenen Tür "Europa mitten in Berlin"**
 im Europahaus, Unter den Linden 78, mit Vorträgen (11.00 und 13.00 Uhr), Direktübertragungen aus Brüssel, Bürgerberatung - kurz: "ein Blick hinter die Kulissen jenes Apparates, der als weit weg und bürokratisch empfunden wird".
 Veranstalter: Vertretungen der EU-Kommission und des Europäischen Parlaments in Deutschland

TERMINVORSCHAU

bis 30.10.

20.10. Potsdam	Gespräch "Nachbarn in der Europäischen Union: Die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland - Bestandsaufnahme und Perspektiven mit Irena Lipowicz, Sonderbeauftragte Botschafterin und Gesine Schwan, Präsidentin der Europa-Universität Viadrina. Veranstalter: Vertretung der EU-Kommission in Deutschland, Heinz-Schwarzkopf-Stiftung	http://www.eu-kommission.de/html/wir/veranstaltung_detail.asp?id=4000 <i>Kontakt: Tel. 030/28095150</i> <i>Anmeldung: Fax 030/28095150</i>
24.10. Regensburg	Expertengespräch "documenta 2005 - Bulgarien" mit Dr. Gerhard Sabathil. Veranstalter: Stadt Regensburg, Vertretung der EU-Kommission in Deutschland	http://www.documenta.de <i>Kontakt: Tel. 0941/55133</i>
24.10. Olomouc (Cz)	Diskussionsreihe "Ideenmarkt Europa" -zum Europäischen Verfassungsvertrag anlässlich des Referendums in Tschechien Veranstalter: Konrad-Adenauer-Stiftung, Klub Junger Europäer	http://www.kas.de/veranstaltungen/europa.html <i>Kontakt: Tel. 00420/2-22320190</i>
24./25.10 Trier	Seminar "Die Bekämpfung der Diskriminierung: die Richtlinien von 2000 über den Gleichbehandlungsgrundsatz" Veranstalter: Europäische Rechtsakademie, <i>Gebühr: 500 €</i>	http://www.era.int/web/de/html/nodes_main/4_2127_474.htm <i>Kontakt: Tel. 0651/9373734</i>
24.-28.10. Otzenhausen	Seminar "Die Türkei auf dem Weg nach Europa?" für Bundeswehrangehörige und Interessierte Veranstalter: Europäische Akademie Otzenhausen	http://www.eao-otzenhausen.de <i>Kontakt: Tel. 06873/662440</i>
25.10. Regensburg	Podiumsdiskussion "Neustart für Europa - Der Bürger hat das Wort" mit Eberhard Sinner (Bayerischer Staatsminister für Europafragen), Dr. Gerhard Sabathil (Leiter der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland), Wladyslaw Bartoszewski (polnischer Außenminister a.D.) Veranstalter: Bayerisches Staatsministerium für Europaangelegenheiten, Vertretung der EU-Kommission in Deutschland	<i>Kontakt: Tel. 089/21652562</i> <i>Kontakt: Tel. 089/24244824</i>
26.10. Berlin	Seminar "Die Europäische Nachbarschaftspolitik und der Konflikt um Berg-Karabach", Leitung: Prof. Eckart Stratenschulte Veranstalter: Europäische Akademie Berlin	http://www.eab-berlin.de <i>Kontakt: Tel. 030/89595127</i> <i>Gebühr 5 €</i>
27.10. Berlin	Seminar "Bulgarien und Rumänien auf dem Weg in die EU" Veranstalter: Berlin-Partner	http://www.berlin-partner.de <i>Kontakt: Tel. 030/39980228</i>
28.10. Würzburg	Seminar "Asyl und Flüchtlingsschutz in der Europäischen Union" Veranstalter: Akademie Frankenwarte, Amnesty International <i>Gebühr: 64 €</i>	http://www.fes.de/indexveranstaltungen.html <i>Kontakt: Tel. 0931/804640</i>
29.10. Schwedt	Seminar "Herausforderung Türkei: Zwischen europ. Wertegemeinschaft und Leugnung der eigenen Geschichte" Veranstalter: Konrad-Adenauer-Stiftung	http://www.kas.de/veranstaltungen/europa.html <i>Kontakt: Tel. 0331/7488760</i>

Alle Angaben ohne Gewähr, kurzfristige Änderungen sind möglich.

IMPRESSUM

Herausgeber: Europäische Kommission - Vertretung in Deutschland, Dr. Gerhard Sabathil (V.i.S.d.P.) - Unter den Linden 78 - 10117 Berlin -Tel.: 030/2280-2000 - Fax: 030/2280-2222 - E-Mail: eu-de-kommission@cec.eu.int - URL: <http://www.eu-kommission.de>
 Vertretung in Bonn - Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 - 53111 Bonn - Tel.: 0228/53009-0 - Fax: 0228/53009-50
 Vertretung in München - Erhardtstr. 27 - 80469 München - Tel.: 089/242448-0 - Fax: 089/242448-15

Redaktion & Grafik: Dr. Marcel Seyppel, Saskia Sell, Malte Reinhardt - MEDIA RES Public Relations, Kalmünter Weg 22 - 51061 Köln - Tel.: 0221/283650 - Fax: 0221/9636902 - E-Mail: seyppel@media-res-koeln.de - URL: <http://www.media-res-koeln.de>

Herstellung: Dow Jones News GmbH, Eschborn

HAFTUNGSAUSSCHLUSS: Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt.